

18

Japan und Russland

Hiroshi YAMAZOE

Einleitung

In Bezug auf die japanische Außen- und Sicherheitspolitik weisen die Beziehungen zwischen Japan und Russland eine gewisse Ambiguität auf. In der japanischen Gesellschaft spielte die wirtschaftliche und kulturelle Präsenz Russlands nach dem Ende des Kalten Krieges eine geringere Rolle als die der asiatischen Länder, der USA oder der westeuropäischen Großmächte und aufgrund der historischen Erinnerung herrschte zudem eine gewisse Vorsicht. Während man sich also im Zusammenhang mit internationalen Themen fortwährend mit den USA, China, der koreanischen Halbinsel und den südostasiatischen Ländern beschäftigte, fand Russland als ein wichtiges außenpolitisches Thema eher von Zeit zu Zeit aufgrund plötzlich auftretender territorialer Probleme oder Konflikte statt. In diesem Beitrag wird überlegt, wie die japanisch-russischen Beziehungen, die aufgrund dieses intermittierenden Interesses eher konfus und schwer nachvollziehbar sind, im Gesamtkontext der japanischen Außen- und Sicherheitspolitik verstanden werden können.

Historischer Hintergrund

(1) Historische Erinnerungen an die Sowjetzeit

Als Japan in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts moderne internationale Beziehungen einging, sendete Russland dem japanischen Staat gegenüber

gewisse Impulse aus. Als Reaktion auf diese von Norden kommende russische Annäherung begann Japan, darauf zu reagieren, wobei der japanisch-russische Freundschaftsvertrag von 1855 („Vertrag von Shimoda“) einen der ersten internationalen Verträge darstellte. In der Folgezeit expandierte Russland allmählich in den ostasiatischen Raum, und bis zum Ausbruch des japanisch-russischen Krieges im Jahr 1904 blieb es ein wesentliches Ziel der japanischen internationalen Strategie.

Die wichtigsten historischen Ereignisse, die der japanischen Bevölkerung bis heute im Gedächtnis geblieben sind, sind zahlreiche Vorfälle aus dem Jahr 1945. Im August 1945 marschierte Russland (damals noch als Sowjetunion) in die Mandschurei, den Süden der Insel Sachalin und die Kurilen ein. In der Folge wurde die lokale Bevölkerung, darunter neben Japanern auch Chinesen und Koreaner, gewaltsam unterdrückt und etwa 600.000 Menschen in die Sowjetunion deportiert (auch bekannt als „Internierung von Kriegsgefangenen in Sibirien“). Dies geschah, während der sowjetisch-japanische Neutralitätspakt von 1941 noch in Kraft war, und die Tatsache, dass die Sowjetunion, obwohl sie nicht von Japan angegriffen wurde, einen ungerechtfertigten Übergriff und Gewalttaten gegenüber Japan beging, hinterließ einen negativen Einfluss auf die Psyche der japanischen Bevölkerung – und zwar auf andere Weise als in den Fällen von China und den USA.

Außerdem behandelte die Sowjetunion die Besetzung der vier nördlichen Inseln von Hokkaido (jap. *Chishima*), die von Russland als „Kurilen“ bezeichnet werden, so, als ob sie nun im Besitz der Sowjetunion wären; was bis heute zu Territorialstreitigkeiten führt (dem sogenannten Kurilenkonflikt). Japans grundsätzliche und bis heute unveränderte Position lautet, dass die vier nördlichen Inseln seit dem japanisch-russischen Freundschaftsvertrag von 1855 zu Japan gehören bzw. japanisches Territorium darstellen. Schließlich habe Japan niemals zugestimmt, sie nach 1945 an die Sowjetunion bzw. Russland zu übergeben.

Im Jahr 1956 wollte die Sowjetunion die diplomatischen Beziehungen zu Japan normalisieren, weshalb die „Gemeinsame Japanisch-Sowjetische Erklärung“ unterzeichnet wurde, die den Kriegszustand beendete und den Beginn der diplomatischen Beziehungen markierte. Daraufhin wurden auch die sibirischen Kriegsgefangenen freilassen und sie durften in ihre Heimat zurückkehren, wobei in den vergangenen zehn Jahren bereits über 50.000 dieser Menschen gestorben waren. Im Verlauf der Verhandlungen zwischen Japan und der Sowjetunion wurde auch der Abschluss eines Friedensvertrags diskutiert, jedoch keine gemeinsame Lösung in Hinblick auf den Territorialstreit gefunden. So wurde anstelle eines Friedensvertrags die Gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die festlegte, dass die Sowjetunion nach Abschluss

des Friedensvertrags die Inseln Shikotan und Habomai (russ. *Chabomai*) an Japan abtreten werde. Darüber hinaus akzeptierte die Sowjetunion auch Japans Beitritt zu den Vereinten Nationen.

Zu jener Zeit hatte die Sowjetunion den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag nicht als Problem betrachtet; nach seiner Revision im Jahr 1960 stand sie ihm jedoch feindselig gegenüber und weigerte sich nunmehr, mit Japan über den Territorialstreit zu verhandeln. Japan bezeichnete alle vier nördlichen Inseln daraufhin als sein „ureigenes Territorium“ und forderte ihre Rückgabe ein. Obwohl die Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion durch Fischereiabkommen und kulturellen Austausch in nachbarschaftlicher Form aufrechterhalten wurden, war das japanisch-sowjetische Verhältnis von einer Doppelkonfrontation geprägt – sowohl durch den Kalten Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion als auch durch den japanisch-sowjetischen Territorialstreit.

Um in Hinblick auf das Eintreffen sowjetischer Truppen auf der Insel Hokkaido vorbereitet zu sein, wo kein US-Militär stationiert worden war, unterhielten die japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte eine dortige Panzerdivision. Die Sowjetunion setzte in den 1970er Jahren U-Boot-gestützte ballistische Raketen von Atom-U-Booten (engl. *submarine-launched ballistic missile*, kurz SLBM) ein und erhöhte dadurch ihre militärische Stärke zur Verteidigung des Gebiets

um das Ochotskische Meer herum. Außerdem errichteten sie auf den Inseln Etorofu (russ. *Iturup*) und Kunashiri (russ. *Kunaschir*) Militärstützpunkte, auf denen sie Kampfflugzeuge und Panzer stationierten, um sich auf die Kontrolle der umliegenden Gewässer durch das US-Militär sowie auf die Einnahme der Inseln vorzubereiten. 1983 hielt das sowjetische Militär, das wegen der Aktivitäten des US-Militärs in dieser Region nervös geworden war, ein Korean Air-Flugzeug, das gerade von der Halbinsel Kamtschatka zur Insel Sachalin unterwegs war, fälschlicherweise für ein US-Militärflugzeug und schoss es ab. In diesem Zusammenhang wurden von Japan und den USA abgefangene Signale genutzt, um die Sowjetunion zu überführen.

(2) Neue Beziehungen zur Russischen Föderation

Die russischen Beziehungen zu Japan haben sich ungefähr seit dem Zeitpunkt der Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991 und der anschließenden Gründung der neuen Russischen Föderation erheblich verbessert. Die Sowjetunion hatte Japan den Vorschlag unterbreitet, regelmäßige Verhandlungen zur maritimen Sicherheit durchzuführen, wie es auch gemäß dem *US-Soviet Incidents at Sea agreement* zwischen den USA und der Sowjetunion der Fall gewesen war. So wurde im Jahr 1993 ein entsprechendes Abkommen zwischen Japan und der Russischen Föderation geschlossen.

Inzwischen haben sich Japan und Russland gleichermaßen zu Ländern mit demokratischen und marktwirtschaftlichen Systemen entwickelt und Beziehungen auf ebendieser Grundlage aufgebaut, wodurch der persönliche und wirtschaftliche Austausch zwischen ihnen rasant zugenommen hat. Japanische Unternehmen expandierten in große Märkte wie Moskau, wo man ihre Produkte mit offenen Armen empfing, und sogar ein Toyota-Werk wurde in St. Petersburg in Betrieb genommen. Außerdem diversifizierten sie ihre Energieimportquellen durch die Beteiligung an Erdöl- und Erdgaskonzessionen auf der Insel Sachalin.

Auch in Bezug auf den Territorialstreit führte Präsident Boris Jelzin offene Gespräche, die auf gegenseitigem Nutzen und rechtlicher Glaubwürdigkeit beruhten, wodurch er einige Zwischenlösungen erreichen konnte. Darüber hinaus wurde eine Initiative für visumfreies Reisen entwickelt, die es den ehemaligen Bewohnern der vier nördlichen Inseln ermöglichte, Gräber zu besuchen, ohne sich dafür den Einreisekontrollen Russlands unterziehen zu müssen. Ab 2000 schuf Präsident Wladimir Putin ein entwicklungsförderndes Umfeld, indem er die Gesellschaft im Lande stabilisierte, und sich um stabile Beziehungen zu den westlichen Ländern bemühte. In diesem Zusammenhang zeigte er auch seine Bereitschaft, Grenzprobleme zu lösen, die die Beziehung zu anderen Ländern destabilisierten; so fand er gemeinsame

Lösungen mit Lettland und China und erzielte Fortschritte in den Verhandlungen mit Estland und Japan. Dennoch bestand nach wie vor eine große Kluft zwischen der Haltung Japans, das alle vier nördlichen Inseln grundsätzlich als japanisches Territorium betrachtete, sowie der Situation des russischen Staates, der ein potenzielles Überlassen dieses Territoriums gegenüber seiner Bevölkerung rechtfertigen müsste.

(3) Die Nationale Sicherheitsstrategie der Regierung unter Premierminister Abe

Im Mai 2012 trat Präsident Putin seine dritte Amtszeit an und verstärkte seine Politik mit Schwerpunkt auf den Fernen Osten und Ostasien, wobei er parallel dazu Beziehungen zu China, Indien, Südkorea, Japan und anderen Ländern aufbaute. Russland begann maritime Militärvorübungen mit China durchzuführen und schlug auch Japan vor, den gemeinsamen Dialog im Sicherheitsbereich zu verstärken.

Premierminister Shinzo Abe, der im Dezember 2012 sein Amt antrat, erkannte die russische Bereitschaft zum Ausbau von Beziehungen, weshalb er sich bemühte, Russland im Rahmen seiner nationalen Sicherheit zu positionieren. Er berief sich dabei auf einen „aktiven Pazifismus“, der besagt, dass nicht etwa passives, sondern aktives Handeln zum Frieden in Japan und auf der ganzen

Welt beitrage, weshalb er ein System vorbereitete, das die kohärente Analyse und Stärkung der nationalen Sicherheit in allen Ministerien und Behörden ermöglichte. Parallel dazu bestätigte er während des Gipfeltreffens, dass die japanisch-russischen Beziehungen nicht auf konfrontative, sondern auf universale Weise vorangetrieben werden sollten, weshalb im November 2013 die ersten Konsultationen der Außen- und Verteidigungsminister zwischen Japan und Russland („2+2“) stattfanden.

Im Dezember 2013 gründete die japanische Regierung den Nationalen Sicherheitsrat und veröffentlichte ihre erste „Nationale Sicherheitsstrategie“. In dem dortigen Abschnitt, der die Förderung der Zusammenarbeit mit Partnerländern beschreibt (IV. 3), werden nach Südkorea, Australien, den ASEAN-Ländern, Indien und China in Punkt (3) zunächst diejenigen Länder genannt, die von der Nordkorea-Frage betroffen sind, während eine direkte Auseinandersetzung mit Russland erst unter Punkt (4) folgt. Anders gesagt zielt diese Politik darauf ab, die Sicherheitskooperationen auf eine Weise zu fördern, in der auch Russland als Dialogpartner in Bezug auf nordkoreanische und andere internationale Fragen miteinbezogen wird. Der Wortlaut von Punkt (4) lautet wie folgt:

(4) Da sich das Sicherheitsumfeld in der ostasiatischen Region zunehmend verschärft, ist es von enormer Bedeutung, die Zusammenarbeit mit Russland in allen

Bereichen, einschließlich des Sicherheits- und Energiesektors, zu fördern und die japanisch-russischen Beziehungen in ihrer Gesamtheit zu verbessern, um die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten. Auf Grundlage dessen werden wir uns gemeinsam für den Frieden und die Stabilität in der asiatisch-pazifischen Region einsetzen und in Bezug auf den Territorialstreit um „die Nördlichen Territorien“, der den größten Anlass zur Besorgnis darstellt, aktive Verhandlungen auf Basis einer Politik durchführen, die konsequent nach einer Lösung der Zugehörigkeitsfrage der vier nördlichen Inseln sowie nach dem Abschluss eines Friedensvertrages strebt.

Darin lässt sich die Absicht erkennen, die bilateralen Beziehungen zu Russland insgesamt zu verbessern, um Interessenkonflikte zu entschärfen und Russlands Verständnis sowie Zusammenarbeit in unvermeidlichen Sicherheitsfragen in Zusammenhang mit Nordkorea und China zu gewinnen. Im September 2012 verschärften sich die Spannungen zwischen China und Japan bezüglich der Senkaku-Inseln. Während die Abe-Regierung Japans Sicherheitsgrundlagen festigte, arbeitete sie zugleich an der Stabilisierung der Beziehungen zu China. Im Januar 2013 ereignete sich jedoch ein Vorfall, bei dem ein chinesisches Kriegsschiff seinen Radar auf ein Marineschiff

der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte ansetzte. Japan seinerseits hatte China aufgefordert, Verfahren festzulegen, die sicherstellen, dass politische Spannungen nicht zu zufälligen Angriffen und damit zu gefährlichem Verhalten führen. In diesem Zusammenhang war man der Auffassung, dass sich in den Beziehungen zu Russland mehr stabilitätsförderndes Vertrauen aufbauen ließ, da zwischen den USA und der Sowjetunion sowie zwischen Japan und Russland bereits Erfahrungen mit Verfahren zur Vermeidung maritimer Angriffe gesammelt worden waren.

Premierminister Shinzo Abe war sich der Tatsache bewusst, dass der Kurilenkonflikt ein Problem darstellte, das sowohl aus politischer als auch humanitärer Sicht gelöst werden musste. Da mit dem bisherigen Ansatz keine Fortschritte erzielt werden konnten, übernahm das Büro des Premierministers die Führung bei der Suche nach neuen Lösungswegen auf Grundlage enger Dialoge mit Präsident Putin und den japanisch-russischen Kooperationsbeziehungen. Aufgrund dieses auffallenden persönlichen Eifers von Premierminister Abe und der Tatsache, dass sich die japanische Gesellschaft abgesehen vom Kurilenkonflikt nicht sonderlich für Russland interessierte, tendierte auch die mediale Berichterstattung dazu, die Beziehungen zwischen Japan und Russland einzig unter dem Gesichtspunkt von Fortschritten im Zusammenhang mit dem Kurilenkonflikt zu betrachten. Infolgedessen erhielt Premierminister

Abe oft die Kritik, dass er sich Präsident Putin zur Lösung dieses Konflikts zu sehr nähern würde.

Eigentlich hatte die Regierung unter Premierminister Abe jedoch der Bewältigung von Problemen mit Nordkorea und China in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie Priorität eingeräumt, während sie gleichzeitig ihre globale Zusammenarbeit mit anderen Ländern vertiefte; zudem war der Kurilenkonflikt nicht die einzige Angelegenheit in Bezug auf Russland. Da Russland sich China angenähert hatte, beide Länder jedoch unterschiedliche Interessen aufwiesen und man sich darum bemühte, Indien, Südkorea und Japan in die Entwicklung des russischen Fernen Ostens mit einzubeziehen, wurde die Positionierung Japans innerhalb der russischen Interessen als vorteilhaft betrachtet. Man vermutet, dass die Regierung unter Premierminister Abe zwei wesentliche Ziele verfolgte – zum einen die Entschärfung der sich zusätzenden China-Problematik durch die Förderung der japanisch-russischen Beziehungen und zum anderen die Wegbereitung für die Lösung des Territorialstreits.

(4) Die schockierende Verletzung der ukrainischen Souveränität durch Russland

Im Februar 2014 hatte Russland die Olympischen Winterspiele in der südlich gelegenen Stadt Sotschi ausgerichtet, woraufhin Premierminister Abe an der

dortigen Eröffnungszeremonie teilnahm und Gespräche mit Präsident Putin führte. Zur selben Zeit fand jedoch in der Ukraine ein politischer Umsturz statt, und Russland begann, die Abtrennung und Annexion der Halbinsel Krim sowie die bewaffneten separatistischen Kämpfe in der östlichen Donbass-Region zu initiieren und zu unterstützen.

Russlands gewaltsame Änderung des Status quo und seine Verletzung der territorialen Einheit der Ukraine und der Menschenrechte wurden von Japan kritisiert – auch deshalb, um Japans Position in Bezug auf die Kurilen und andere Gebiete zu verteidigen. So nahm Japan eine deutliche Haltung neben der Ukraine, den europäischen Ländern und den USA ein, die Russland ebenfalls verurteilten. Die EU und die USA begannen, wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland zu verhängen, und auch Japan setzte wirtschaftliche Sanktionen um, die möglich waren. Japan verschob Verteidigungs- und andere Austauschprogramme mit Russland sowie die Durchführung hochrangiger, hochsymbolischer Dialoge. Gleichzeitig stellte es der Ukraine das bisher größte bilaterale Hilfspaket in Höhe von 1,86 Mrd. Dollar bereit – unter anderem zur Verbesserung der Energieeffizienz und zur Erneuerung des Justizsystems, um eine dortige langfristige Entwicklung zu ermöglichen.

Diese Situation im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise stellte im Rahmen der Nationalen Sicherheitsstrategie der

Regierung unter Premierminister Abe eine doppelte Herausforderung dar: einerseits durch die Pflege von Kooperationsbeziehungen zur Bewahrung der internationalen Ordnung, andererseits durch die Verschlechterung der japanisch-russischen Beziehungen. Wirklich wirksame Sanktionsmaßnahmen gegen Russland waren auf japanischer Seite eher begrenzt; und da die Absicht bestand, die japanisch-russischen Beziehungen wenigstens zu einem kleinen Teil aufrechtzuerhalten, wurde Japans Reaktion von einigen, die Russland gegenüber härter agierten, gelegentlich als zu halbherzig angesehen. Andererseits ging Russland davon aus, dass nur der Druck der USA Japan dazu veranlasste, feindselige Maßnahmen gegen Russland zu ergreifen, und vertrat eine harte Haltung gegenüber japanischen Interessen, während es die Aufhebung der Sanktionen anstrebte. Mit dem weiteren Ausbau der Beziehungen zu China zu dieser Zeit beabsichtigte Russland vermutlich, sowohl die wirtschaftlichen und diplomatischen Verhältnisse zwischen den beiden Ländern zu stärken, als auch warnend auf den potenziellen Schaden hinzuweisen, den es den Interessen der USA und Japans zufügen könnte.

Premierminister Abe setzte den Dialog zwischen Japan und Russland fort, während er die priorisierten Themen der Nationalen Sicherheitsstrategie vorantrieb und nach Wegen suchte, diesen schwierigen Anforderungen bestmöglich gerecht zu werden. Nachdem

viele Gespräche auf hoher Ebene bis auf Weiteres verschoben worden waren, holten die hochrangigen Beamten ihre Besuche in Japan schließlich zu den folgenden Zeitpunkten nach: Außenminister Lawrow im April 2016, Präsident Putin im Dezember 2016, Verteidigungsminister Schoigu im März 2017 (im Rahmen der zweiten „2+2“) und Generalstabschef Gerasimow im Dezember 2016 (ursprünglich geplant für März 2014). Dabei waren sich beide Seiten einig, dass es wichtig sei, den Dialog trotz der voneinander abweichenden Positionen im Sinne eines Meinungsaustauschs fortzusetzen. Zudem entsenden beide Länder seit Jahren Kriegsschiffe zur Bekämpfung der Piraterie in den Golf von Aden, und im November 2018 fanden gemeinsame Manöver statt, bei denen unter anderem Hubschrauber und die Besatzung russischer Kriegsschiffe von Marineschiffen der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte aufgenommen wurden; dadurch wurde die Zusammenarbeit weiter vertieft. Aus solchen Handlungen lässt sich annehmen, dass beide Seiten darin übereinstimmten, eine Verschlechterung ihrer bilateralen Beziehungen vermeiden und ihre Kooperation in der Praxis fördern zu wollen.

Allerdings lässt sich nicht behaupten, dass die beiden Ziele, welche die Regierung unter Premierminister Abe in Bezug auf Russland im Rahmen ihrer strategischen Interessen verfolgte, tatsächlich erreicht wurden. Denn Russland hat nicht nur seine wirtschaftlichen

Beziehungen, sondern auch seine militärische Zusammenarbeit mit China ausgebaut, indem es China vergleichsweise fortschrittliche Ausrüstung – darunter Su-35-Kampfflugzeuge und S-400-Boden-Luft-Raketensysteme – zur Verfügung stellte und diese verstärkte Kooperationsbeziehung anhand militärischer Übungen demonstriert hat. Im Juli 2019 flogen russische und chinesische Bombenflugzeuge zusammen mit AWACS-Flugzeugen (engl. *Airborne Warning and Control System*) gemeinsame Patrouillen über dem Ostchinesischen und Japanischen Meer; außerdem drang ein AWACS-Flugzeug vom Typ A-50 in den Luftraum des japanischen Hoheitsgebiets Takeshima ein, was zu heftigen Protesten sowohl von japanischer Seite als auch vonseiten Koreas, das dieses Gebiet für sich selbst beansprucht, führte. Zwischen 2018 und 2020 kam es außerdem zu bemerkenswerten Beispielen, in denen chinesische Truppen an groß angelegten Militärübungen in Russland teilnahmen. Russland und China festigten ihre gemeinsame Position hinsichtlich der Ablehnung einer stärkeren Allianz mit den USA und der russische Handlungsspielraum zugunsten Japans anstatt Chinas nahm immer weiter ab.

Während des Besuchs von Präsident Putin in Japan im Dezember 2016 stellte Premierminister Abe ein Acht-Punkte-Programm für die wirtschaftliche Zusammenarbeit vor, mit dem ein Mechanismus geschaffen werden sollte, durch den Russland von einer Kooperationsbeziehung mit Japan profitieren

sollte. Im November 2018 zeigte Japan eine flexible Verhandlungsposition, als es sich auf die Gemeinsame Erklärung zwischen der Sowjetunion und Japan aus dem Jahr 1956 berief. Dennoch wurde im Januar und Februar 2019 durch Äußerungen von Außenminister Lawrow und die Verhärtung der russischen öffentlichen Meinung deutlich, dass Russland nicht dazu bereit war, Japan jegliche Territorien zu überlassen. Dies machte offensichtlich, dass Russland auf Grundlage der bisherigen japanischen Vorgehensweise weder versuchte, durch kooperative Beziehungen mit Japan Vorteile zu erlangen noch Unterschiede in den japanischen und amerikanischen Positionen auszunutzen.

In diesem Zusammenhang war der Ton, in dem Russland seine Unzufriedenheit gegenüber Japan ausdrückte, friedlicher als der, den es gegenüber den USA zum Ausdruck brachte. Im Zusammenhang mit den territorialen Ansprüchen Russlands und der militärischen Nutzung der vier nördlichen Inseln wurde jedoch behauptet, dass Japan aufgrund seiner Allianz mit den USA keinen freien Willen habe und daher vermutlich das US-Militär im Falle einer Übergabe der Inseln seine Stützpunkte dort errichten würde. Dieser Diskurs wurde jedoch nicht in den Jahren 2014 und 2015 offiziell geführt, sondern zeigte sich erst ab 2018 deutlich, als die Verhandlungen über den Territorialstreit zunächst Fortschritte zu machen schienen. Daher ist nicht klar, ob diese Äußerungen konkrete und reale Sicherheitsbedenken bzw.

diesbezügliche Maßnahmen darstellen oder lediglich mit den diesbezüglichen territorialen Verhandlungen in Zusammenhang stehen. Die Regierung unter Premierminister Abe zog für die Verhandlungen mit Russland jedenfalls keine Änderung der japanisch-amerikanischen Beziehungen in Betracht, die eine ernsthafte Beeinträchtigung der strategischen Interessen zur Folge gehabt hätte.

Aktueller Stand und Herausforderungen

(1) Die nachfolgenden Regierungen unter Premierminister Suga und Premierminister Kishida

Im September 2020 trat Premierminister Shinzo Abe aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt zurück und Premierminister Yoshihide Suga bildete ein neues Kabinett. Dieser hatte fast acht Jahre lang als Generalsekretär des Abe-Kabinetts gedient und übernahm weitgehend dessen Politik, sowohl in Hinblick auf die Diplomatie als auch in Bezug auf anderweitige Fragen. Dabei bemühte er sich um den Aufbau enger Beziehungen zu den US-Regierungen unter Präsident Trump und Präsident Biden und setzte sich für stabile Beziehungen zu China und Russland ein, während er ihnen gleichzeitig notwendige Forderungen stellte.

Zwar war sein Ansatz gegenüber Russland nicht so enthusiastisch, wie es bei

Premierminister Abe der Fall gewesen war, doch setzte er den Dialog zwischen den Staatsoberhäuptern fort, trieb die japanisch-russischen bilateralen Beziehungen auf Grundlage des Kooperationsplans weiter voran und bemühte sich, Russland so weit wie möglich als stabilen Partner zu behandeln.

Im Oktober 2021 schließlich kam die Regierung unter Premierminister Fumio Kishida an die Macht. Diese bekundete ihre Absicht, die Nationale Sicherheitsstrategie im Laufe des Jahres 2022 zu erneuern, sodass vorauszusehen war, dass der Umgang mit Russland sich verändern würde. Seit Premierminister Kishida unmittelbar nach seinem Amtsantritt das erste Telefongespräch mit Präsident Putin geführt hatte, waren nun vier Monate vergangen.

(2) Russlands Großinvasion in die Ukraine und Japans Entscheidung über die Grundsätze der internationalen Ordnung

Als sich russische Truppen ab 2021 bis Anfang 2022 an den ukrainischen Grenzen stationierten, sorgte dies für wachsende Spannungen. Am 17. Februar 2022 führte Premierminister Kishida ein zweites Telefongespräch mit Präsident Putin, in dem er vorschlug, die Angelegenheit mit diplomatischen Mitteln und nicht durch einseitige Änderungen des Status quo mit Gewalt anzugehen, woraufhin sich das russische

Außenministerium am 18. Februar dazu bereit erklärte, die Verhandlungen mit den USA über Raketenstationierungen und vertrauensbildende Maßnahmen fortzusetzen. Am 21. Februar kündigte Russland jedoch an, dass es die von Separatisten kontrollierten Gebiete in der Ostukraine als „unabhängige Staaten“ anerkennen würde, woraufhin es am 24. Februar den Beginn einer „speziellen Militäroperation“ zum Schutz der Sicherheit der besagten Gebiete erklärte und einen umfassenden Krieg gegen die Ukraine startete, der weit über das Ziel hinausging.

Am 24. Februar desselben Jahres lud Außenminister Yoshimasa Hayashi den russischen Botschafter in Japan zu sich ein und kritisierte Russlands Vorgehen als einen Versuch, den Status quo durch einseitige Gewalt zu verändern und damit die Souveränität der Ukraine zu verletzen. Um 23 Uhr desselben Tages nahm Premierminister Kishida an der Notfall-Videokonferenz der G7 teil, und in der Folgezeit setzte sich die japanische Regierung in Zusammenarbeit mit anderen Ländern für Sanktionen gegen Russland und die Unterstützung der Ukraine als Mitglied der G7-Staaten ein.

Japans Entscheidung, Russland gegenüber noch härtere Maßnahmen zu ergreifen als bei der Ukraine-Krise im Jahr 2014 und darüber hinaus in Kauf zu nehmen, dass das eigene Land unter diesen Maßnahmen leidet, ist vermutlich vor allem darauf zurückzuführen, dass die anderen G7-Länder dieselben

Beweggründe zeigten. Anders gesagt ist Russlands Großinvasion in die Ukraine ein deutlich offensichtlicher und größer angelegter Überfall auf ein anderes Land als der undurchsichtige Ansatz des sogenannten „hybriden Krieges“ im Jahr 2014. Darüber hinaus hat Russland als ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der UN, der eine Verantwortung für die internationale Ordnung trägt, nicht in ausreichendem Maße von den Problemlösungsmethoden der UN bzw. potenziellen Dialogen Gebrauch gemacht, sondern vertritt die subjektive und einseitige Meinung, dass „das Neonazi-Regime die Bevölkerung in der Ostukraine verfolgen würde“, weshalb es die Souveränität der Ukraine als unabhängiger Staat vollständig ignoriert. So richte Russland mit dem Einmarsch seiner Truppen großen humanitären Schaden an, der auch im Vergleich zu anderen regionalen Konflikten einen schwerwiegenden negativen Einfluss auf die gesamte Weltordnung ausübt. Aus diesem Grund sieht Japan, das als Mitglied der G7-Staaten ebenfalls Verantwortung für die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung trägt, dieses Problem nicht als einen rein europäischen Konflikt, sondern ergreift angemessene Maßnahmen, damit Russland nicht einseitig von diesem Krieg profitiert.

Außerdem kann Japan von einer flexiblen Haltung gegenüber Russland so gut wie keine strategischen Vorteile erwarten, denn die jahrelang flexibel gehaltene Position gegenüber Russland hatte

verdeutlicht, dass es weder in Hinblick auf die China-Problematik noch in Bezug auf die Territorialstreitigkeiten im Interesse Japans handeln würde. Vielmehr muss Japan auch gerade deswegen eine strikte Oppositionshaltung gegenüber Russland einnehmen; nur so konnte es verhindern, dass eine potenziell erfolgreiche Änderung des Status quo durch einseitige russische Gewalt dazu führt, dass sich die normative Kraft innerhalb der internationalen Ordnung schwächt. Dies wiederum könnte nämlich solche Parteien mobilisieren, die glauben, dass eine gewaltsame Änderung des Status quo auch in den Regionen um Japan herum potenziell möglich wäre.

Premierminister Kishida hat erhebliche Fortschritte in Bezug auf Japans Sicherheit erzielt, indem er nicht nur die Unterstützung des ukrainischen Widerstands gegenüber dem russischen Überfall, sondern auch die starke japanische Bereitschaft sich für diese Situation zu wappnen zu einem seiner Schwerpunkte gemacht hat. In der im Dezember 2022 aktualisierten Nationalen Sicherheitsstrategie wird auf die Probleme hingewiesen, die sich aus dem Vorgehen Russlands ergeben, wobei die grundsätzliche Haltung Japans gegenüber Russland wie folgt dargelegt wird:

Russlands außenpolitische Aktivitäten und militärische Tendenzen, darunter der jüngste Überfall auf die Ukraine, haben das Fundament der internationalen Ordnung erschüttert

und werden als die schwerwiegendste und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit des europäischen Raums betrachtet. Darüber hinaus stellen Russlands außenpolitische Aktivitäten und militärische Tendenzen in der indopazifischen Region, einschließlich Japans, in Verbindung mit der strategischen russisch-chinesischen Partnerschaft ein enormes Sicherheitsrisiko dar.

In Hinblick auf unsere Beziehungen zu Russland werden wir in einer Weise reagieren, die unsere nationalen Interessen schützt, während wir gleichzeitig das schwierige Sicherheitsumfeld in der indopazifischen Region berücksichtigen. So arbeiten wir auch mit Verbündeten und gleichgesinnten Staaten zusammen, um jegliche Handlung Russlands zu verhindern, die den Frieden, die Stabilität und den Wohlstand der internationalen Gemeinschaft untergraben würde. In Bezug auf den Territorialstreit um die „Nördlichen Territorien“, dem größten diplomatischen Problem im Zusammenhang mit Russland, bleibt unsere grundlegende Richtlinie mit der Absicht, ebendiesen Territorialstreit zu lösen und einen Friedensvertrag abzuschließen, unverändert.

Bei der Vorbereitung des G7-Gipfels in Hiroshima im Mai 2023 bemühte sich Premierminister Kishida auch um die Einrichtung eines Forums für eine stärkere Kooperationsbeziehung zur Unterstützung der Ukraine sowie für die Förderung des Dialogs zwischen der Ukraine und Ländern, die den Wunsch nach einer unabhängigen Diplomatie hegen – darunter Indien, Indonesien und Brasilien.

Russland hingegen erachtete die Haltung Japans gegenüber dem russischen Vorgehen in der Ukraine als inakzeptabel und setzte entsprechende Gegenmaßnahmen um, indem es Japan unter anderem in die Liste unfreundlicher Staaten aufnahm und die Verhandlungen über den Friedensvertrag aussetzte. Die Zusammenarbeit in Bezug auf die Sicherheit der Gewässer um die Insel Hokkaido und die Umsetzung des Fischereiabkommens wurden zwar fortgesetzt; doch die Umstände für diesbezügliche praktische Verhandlungen hatten sich so verschlechtert, dass sie ausgesetzt werden mussten. Während Japan Maßnahmen ergriff, um die Einfuhr russischer Steinkohle und russischen Goldes zu verbieten, hielt es an der Politik fest, seine Interessen am „Sachalin II“-Projekt für verflüssigtes Erdgas (engl. *Liquefied Natural Gas*, kurz LNG) nicht in einer für Russland günstigen Weise aus der Hand zu geben. Im Zusammenhang mit den Sanktionen gegenüber Russland, die darauf abzielen, dessen kurzfristige Ressourcen für die Kriegsführung und

seine mittel- und langfristige Wachstumsaussichten einzuschränken, muss gleichzeitig beachtet werden, dass das Leben der Bevölkerung durch diese Problematik nicht zerstört wird; daher sind diesbezügliche Entscheidungen und Maßnahmen für alle Länder gleichermaßen schwierig zu treffen.

Zum Abschluss

Die Großinvasion Russlands in der Ukraine scheint vor allem die japanische Politik gegenüber Russland stark verändert zu haben. Doch auch in Ländern, die enge Beziehungen zu Japan pflegen – darunter Europa und die USA – sind ähnliche Veränderungen eingetreten; so sah sich beispielsweise auch Deutschland dazu gezwungen, seine Beziehungen zu Russland und die diesbezüglichen Verteidigungsbemühungen grundlegend zu ändern. Darüber hinaus hat Japan in seinen Beziehungen zu Russland bis 2022 zwar Fortschritte bei der bilateralen praktischen Zusammenarbeit gemacht; jedoch konnte es keinen deutlich vorteilhafteren strategischen Nutzen daraus gewinnen. Japan hatte Russland gegenüber in Bezug auf wichtige Entscheidungen wie dem Programm zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie bei den Verhandlungen über einen Friedensvertrag auf Grundlage der Gemeinsamen Japanisch-Sowjetischen Erklärung von 1956 stets eine flexible Haltung eingenommen, doch in Bezug auf den Territorialstreit zeigt sich Russland immer unnachgiebiger. Aufgrund dieser Erfahrungen hegt Japan

seit Februar 2022 nur sehr geringe Hoffnungen in Hinblick darauf, dass eine flexible Haltung gegenüber Russland Wirkung zeigen wird.

Literaturangaben

Hiroshi Kimura (2000), *Distant Neighbors*, 2 vols, Armonk, NY: M. E. Sharpe

Hiroshi YAMAZOE



Hiroshi Yamazoe ist Leiter der Abteilung Amerika, Europa und Russland, Abteilung für regionale Studien am National Institute for Defense Studies (NIDS) des japanischen Verteidigungsministeriums, Japan. Zu seinen Forschungsinteressen gehören russische Sicherheit und internationale Geschichte.

Zu seinen Arbeiten gehören „Russia's Classical Notion of Great Power and Waning ,Sphere of Influence“, in Masayuki Masuda (Hrsg.), *The Shifting Dynamics of Great Power Competition* (NIDS, 2023); „The Growing Influence of China as seen from Central Asia and Russia: Cooperation in Eurasian Space and Pursuit of Autonomy“, in Masayuki Masuda (Hrsg.), *NIDS China Security Report 2020: China Goes to Eurasia* (NIDS, 2019); „Russia's Eastward Approach to East Asia: The Qing, Japan, and Boundary Issues with Russia,“ in Takashi Okamoto (Hrsg.), *A World History of Suzerainty: A Modern History of East and West Asia and Translated Concepts* (Toyo Bunko, 2019); „Sino-Russian Cooperation from the Perspective of the U.S.- Japan Alliance“, *Asia Policy*, Vol. 13, No. 1, National Bureau of Asian Research, 2018; „Russia's Involvement in the Issue of Syria“, *NIDS Briefing Memo*, 2016; „The Prospects and Limits of the Russia-China Partnership“, *RUFS Briefing*, Swedish Defence Research Agency (FOI), 2015; „Three Level Factors of the Conflict in Eastern Ukraine“, *NIDS Briefing Memo*, 2015; [In Japanese] *International Conventional Weapons Market and Russia* (Toyo Shoten, 2014); „Russian Security Policy and Counterterrorism Efforts in Central Asia‘ in Shinji Hyodo and Carolina Vendil Pallin (eds.), *Neighbourhood Watch: Japanese and Swedish perspectives on Russian security* (FOI-NIDS, 2012); „Friends or Rivals? Sino-Russian ,Naval Cooperation 2012,“ *RUSI Newsbrief*, Vol. 32, No. 4 (2012); [In Japanese] “Russia's Security Relations with China: Less Future Risks, More Practical Benefits,” *Russian and East European Studies* (Tokyo), Vol. 40 (2012); [In Japanese] “Defense Policy Debates in the Russian Military Doctrine: Emphasis on Traditional Military Concept and Nuclear Forces”, *The Journal of International Security* (Tokyo), Vol. 39, No.1 (2011).

Er erwarb 2005 einen M.A. in Russlandstudien an der School of Slavonic & East European Studies und 2008 einen Ph.D. in Human and Environmental Studies an der Universität Kyoto.